Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung	Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum	
öffentlich	V/02	S0250/23	05.06.2023	
zum/zur				
A0063/23 Fraktion Grüne/future!				
Bezeichnung				
GWAs stärken – Bürger*innenbeteiligung erleichtern				
Verteiler		Tag		
Die Oberbürgermeisterin		13.06.2023		
Susschuss für kommunale Rechts- und 24.08.2023				
Verwaltungsausschuss	25.	25.08.2023		
Stadtrat	14.	09.2023		

Amt 24. April 2023 wurde im Stadtrat der Antrag A0063/23 behandelt und in die Ausschüsse KRB und VW verwiesen: "Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, wie die GWAs im Rahmen der Aufstellung des neuen Beteiligungskonzeptes für Bürger*innen strukturell gestärkt werden können."

Die Verwaltung nimmt folgendermaßen Stellung:

1) E-Mail Versandsystem und Datenbank für Bürger*innen der Stadtteile

Derzeit erarbeitet eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe ein Beteiligungskonzept. Voraussichtlich im 3. Quartal wird eine entsprechende Drucksache erarbeitet sein. Die Umsetzung dieses Konzeptes ist ab dem 1. Quartal 2024 geplant.

Im Rahmen der Umsetzung des geplanten Beteiligungskonzeptes ist eine Koordinierungsstelle für Bürger*innenbeteiligung geplant, die Beteiligung analog und digital durchführen soll. Geplant ist bspw. eine digitale Plattform, auf der Bürger*innen die Möglichkeit haben, sich über Vorhaben und Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren und Ideen einzubringen. Die konkreten Umsetzungspläne befinden sich derzeit noch in der Erarbeitung.

Ein gemäß dem Antrag gewünschtes E-Mail-Versandsystem und eine Datenbank für Bürger*innen der Stadtteile kann demnach erst nach Beschluss des Beteiligungskonzeptes geprüft werden.

Geplant ist außerdem, Bürgerbeteiligung und Engagement zusammen zu denken. Dazu sollen auch die GWA-Gruppen beteiligt werden, um zu erkennen, ob dies gewünscht ist und welche Plattformen ggf. gewünscht wären.

2) Infrastruktur für digitale Beteiligung

Die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit mit Angeboten für digitale Beteiligungsmöglichkeiten zu unterstützen, beispielsweise durch technische Ausstattung oder eine digitale Plattform für qualitative bzw. quantitative Umfragen wäre nur mit personeller und finanzieller Begleitung durch die Landeshauptstadt Magdeburg möglich.